

Eltviller Nachrichten

Amtsblatt der



Stadt Eltville

Erscheint wöchentl. zweimal, Mittwochs u. Samstags.
Bezugspreis 2. — Mk. für das Vierteljahr frei ins Haus.
Durch die Post 1.90 Mk. ohne Bestellgeld.

Fernsprecher Nr. 216.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 4530.

Anzeigenpreis:

die 1/paltige Petitzelle 30 Pfg., bei Wiederholungen
wird entsprechender Rabatt gewährt.

Nachweislich größte Abonnentenzahl aller Zeitungen in der Stadt Eltville.

Druck und Verlag von B. Fabisz Wwe., Eltville a. Rh., Gutenbergstraße 12.

Nr. 52

Eltville a. Rh., Mittwoch, den 30. Juni

1920.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die für Dienstag, den 29. d. Mts., vormittags 9 Uhr, im Pfründnerhaus anberaumte Versteigerung von Möbeln usw. findet (weil Freitag Feiertag war) erst am Donnerstag, den 30. Juni 1920, vormittags 11 Uhr, statt.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Stadt Eltville beabsichtigt, die gefallenen Krieger der Stadt in dem Nassauischen Gedenkstein aufzunehmen. Die Aufstellung der Liste ist erfolgt. Wir bitten, die Angehörigen der gefallenen oder gestorbenen Krieger der Stadt Eltville, am Donnerstag, den 1. Juli 1920, vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr im Rathause (Stadtverordneten-Saal) vorzusprechen, um etwaige Ergänzungen der Liste zu veranlassen.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Lebensmittel-Ausgabe

für die Zeit vom 3. Juli 1920
bis 10. Juli 1920.

Zucker zu Mk. 0.90. Abschnitt 9.
Bohnen zu Mk. 0.50. Abschnitt 10.
Haferflocken zu Mk. 0.70. Abschnitt 11.
Erbsen zu Mk. 1.65. Abschnitt 12.
Margarine zu Mk. 2.75. Abschnitt 25 der Fettkarte.
Schmalz zu Mk. 7.40. Abschnitt 26 der Fettkarte.
Die Margarine wird in den Geschäften von Friedr. Post, Josef Rieth und Ottilie Schmalz ausgegeben.

Schmalz bei den Mehrgern.

Für folgende Waren sind die Abschnitte bis Freitag, den 3. Juli 1920, in den Geschäften zu beziehen:

Bohnen zu Mk. 0.50. Abschnitt 13.
Haferflocken zu Mk. 0.70. Abschnitt 14.
Erbsen zu Mk. 1.65. Abschnitt 15.
Margarine zu Mk. 2.75. Abschnitt 27 der Fettkarte.
Speck zu Mk. 7.40. Abschnitt 28 der Fettkarte.
Die Margarine-Abschnitte sind in den Geschäften von Carl Döhl, Anton Holland und Georg Widel abzugeben.

Schmalz bei den Mehrgern.

Besondere Mitteilungen.

Die Abschnitte sind von den Geschäften bis Montag, den 5. Juli 1920, an die Warenstelle abzuliefern.

Die Raten für die auf Kredit entnommene Kartoffeln sind auf dem Büro der Warenstelle zu bezahlen.

Die Warenstelle ist für den Verkehr geöffnet: vorm. von 9—12 Uhr und nachm. von 2—3 Uhr.
Eltville, den 30. Juni 1920.

Städtische Warenstelle.

Bekanntmachung.

Um möglichst vielen Kindern unserer Stadt Gelegenheit zu einer gesundheitsfördernden Ausnutzung der Ferien zu geben, beabsichtigen wir, bei genügender Beteiligung, das städt. Solbad in den Sommerferien täglich zu öffnen.

Da eine Solbadkur in den Ferien gewiß den doppelten Erfolg haben wird, fordern wir die Eltern auf, Anmeldungen ihrer Kinder zu Solbäduren dem Wohlfahrtsamt möglichst bald zu übermitteln.

Anmeldungen werden während der Vormittagsstunden auf dem Wohlfahrtsamt (Rathaus 2. Stock rechts) Zimmer Nr. 14, entgegen genommen.

Eltville, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir suchen für sofort:

1 Monatsmädchen und
einige Fabrikarbeiterinnen nach auswärts,
sowie Arbeit für

1 Schreiner,
1 Monatsfrau evtl. Aushilfsköchin.

Eltville, den 30. Juni 1920.

Der städt. Arbeitsnachweis, Zimmer 3.

Das Regierungsprogramm.

Die Reichskanzlerrede.

Berlin, 28. Juni. Reichskanzler Fehrenbach gab in der heutigen Montag-Sitzung des Reichstages folgende Erklärung der Regierung ab:

„Der ernsten Verantwortung, die wir dem deutschen Volke gegenüber auf uns nehmen, sind wir uns vollkommen bewusst. Die Schwere der uns erwartenden Aufgaben entspricht den außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei der Bildung dieses Kabinetts überwunden werden mußten. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß

das hohe Haus von dem gleichen Verantwortungsgefühl befeelt ist, das ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.“

Nachdem dann der Kanzler der alten Regierung unter großem Beifall des ganzen Hauses den herzlichsten Dank des deutschen Volkes ausgesprochen hatte, fuhr er fort:

„Das Programm der neuen Regierung, das ich Ihnen nunmehr unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Höchster erfreulicherweise ist dabei eine vollkommene Übereinstimmung sämtlicher Mitglieder des Kabinetts zutage getreten. Die Konferenz von Spa steht nunmehr unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst einige Worte zu sagen über die auswärtige Politik.“

Alle unsere Beziehungen zum Auslande stehen unter dem Zeichen des Friedensvertrages von Versailles. Die Lasten, die dem deutschen Volke durch diesen auferlegt sind, sind unermesslich groß und in ihrer vollen Schwere kaum richtig zu erkennen. Nachdem Deutschland den Vertrag angenommen hatte, konnte die Regierung, solange sich die bisherigen Feinde nicht zu einer Aenderung des Vertrages herbeiliessen, keine anderen Richtlinien in der auswärtigen Politik aufstellen, als diejenigen,

die eingegangenen Verpflichtungen vollauf zu erfüllen,

so weit dies in ihrer Macht lag, besonders in der Herabsetzung der Heeresstärke, den sonstigen Abrüstungsmaßnahmen und der Wiedergutmachung. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der neuen Regierung ihre Stellungnahme nicht beeinflusst. Wenn Verblendete und Unversöhnliche diesseits und jenseits der deutschen Grenzen die deutschen Leistungen herabsetzen, so wird es die vornehmste Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hingegeben haben. Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbestimmungen nach dem Wortlaut des Vertrages durchgeführt worden sind, so liegt das nicht in dem bösen Willen Deutschlands, sondern in den Verhältnissen, die stärker sind, als sein guter Wille. (Sehr richtig.) Zu diesen Umständen gehören in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das bei unseren Gegnern auch heute noch gegen Deutschland herrscht. (Sehr gut.) Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Mißlingen der Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen besteht, ein Ende zu machen,

indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß in dem deutschen Volke machtpolitische Gedanken und Träume oder Revancheeideen umsoweniger Boden finden, je eindringlicher man ihnen entgegentritt, und daß jeder gute Deutsche jetzt nur das Lösungswort kennt:

Deutschland muß durch friedliche Arbeit und gutes Einvernehmen mit den Nachbarvölkern wieder in die Höhe kommen.

Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die vielen gegenseitigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaus zwischen den Beteiligten nunmehr mündlich besprochen werden sollen. Wir können dieser Besprechung aus sehr begreiflichen Gründen nicht vorgreifen.

In der inneren Politik

Ist unsere vornehmste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, wird der unumstößliche feste Wille der Regierung sein. Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder der Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. (Unruhe bei den Unabhängigen. Beifall rechts.)

Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung

(Unruhe und Zurufe bei den Unabhängigen) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Was uns jetzt vor allem nützt, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig welcher Parteirichtung. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reichs ausgetobt hat. (Zurufe bei den Unabhängigen: Das sagen Sie nur der Rechten!) Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung unparteiisch nach allen Seiten tatkräftig entgegentreten und jeden Versuch einer gewaltsamen Umwälzung, woher er auch kommt, niederzukämpfen.

Auf den Grundmauern der Verfassung von Weimar

soll der Aufbau des inneren Staatswesens weitergeführt werden. Die Regierung wird sich dabei von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß den Ländern im Rahmen des Reichsrechtes Freiheit der Entwicklung gewahrt und geschaffen werden soll. (Beifall.) Einer Ueberspannung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk hegen die feste unerschütterliche Zuversicht, daß bei der bevorstehenden Abstimmung über das zukünftige Schicksal von Ost- und Westpreußens und von Oberschlesien die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Gesinnung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache verbürgt. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) In ähnlichem Sinne gedenken wir der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entstandene Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts, Zwischenruf links: Fort mit der Reichswehr!) Handel und Verkehr, Gewerbe und jede Arbeit sind durch unausgesetzte Entwertung des Papiergeldes und die sich daraus natürlich ergebenden Lohnkämpfe auf das ernsteste gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln werden wir unser Volk vor dem Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren. Darum muß

Die Sanierung der Finanzen des Staates

mit allem Nachdruck gefördert werden. Wenn sich die neueröffneten Einnahmequellen ent-

sprechend den Verteilungen entwickeln, werden an Steuern 24 Milliarden eingehen, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuern ist die Last der Staatsschulden eine ganz bedeutende, denn Milliardenbeträge sind auch die Schulden infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaues und des Fehlbetrages der Verkehrsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unseren Reformarbeiten auf diesem Gebiete. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Hilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch die

Wiederbelebung unserer Gütererzeugung

gefördert werden. Unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Erzeugung, die mit allen Kräften unterstützt und gefördert werden muß. Unsere Ernährungslage ist nach wie vor sehr besorgniserregend. Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auch weiterhin auf größere Zufuhren aus dem Auslande angewiesen sein. Wollen wir die wirtschaftliche Wiedergesundung, so genügt es nicht, daß wir auf den bisherigen dürftigen Nationen stehen bleiben. Unser Bestreben muß daher in nächster Zukunft darauf gerichtet sein, eine größtmögliche Steigerung unserer Zufuhren zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit muß ich den tiefsten Dank unseres Volkes den hochherzigen ausländischen Menschenfreunden ausdrücken, die täglich Tausenden von hungernden deutschen Kindern Speise verabreichen. Das Rückgrat unserer Ernährung ist die heimische Landwirtschaft. Der Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Produktionskräfte ist eine der ersten Voraussetzungen für den Wiederaufbau. Die neue Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die Kohlenförderung sicherzustellen. Das im Interesse der Volksgemeinschaft beantragte Sozialisierungs-gesetz, insbesondere die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, wird loyal durchgeführt werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung soll eine Steigerung der Produktion sein. Die Regierung begrüßt es lebhaft, daß gleichzeitig mit ihr der Reichswirtschaftsrat seine Arbeiten beginnt.

An der Durchführung der sozialen Reformen hält die neue Regierung fest.

Eine Versicherungsreform in Anpassung an die heutigen Verhältnisse wird nötig sein. Die Regierung denkt dabei vor allem an eine Neuauflage der Lohnklassen und eine Neuauflage der Beiträge entsprechend den erhöhten Leistungen der Invalidenversicherung. Eine Vorlage über die Versicherung bei Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im engsten Zusammenhang mit dieser Frage steht die Frage des ländlichen Siedlungswesens und die Durchführung des Heimstätten-gesetzes. Im Anschluß an die große Reichsversorgung der Kriegsbeschädigten soll auch die Entschädigung derer geordnet werden, die durch eine kriegerische Handlung irgend welchen körperlichen Schaden erlitten haben. Zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter befindet sich ebenfalls ein Gesetz in Vorbereitung. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist ebenfalls in Bearbeitung. Wir hoffen zuversichtlich, mit dem Ausbau der Arbeitervertretungen eine neue wichtige Etappe zurückzulegen auf dem Wege zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung und Wiederaufrichtung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung

nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern für sie und mit ihr

zu regieren. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze sein und richten an das deutsche Volk den Aufruf, alle verfügbaren Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes anzusporen. Uns hat nur das Bewußtsein unserer Aufgabe gegenüber unserem Volke und unserem Vaterlande an diese Stelle gesetzt. Der Kanzler schließt: „In einer Zeit der Not und folgenschweren Entscheidungen treten wir vor den Deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir die Lasten unter Zurückstellung aller parteipolitischen Interessen zugunsten des großen Ganzen.“ (Lebhafter, langanhaltender Beifall.) Nach der Erledigung verschiedener Resolutionen und der Verweisung des Notes an den Reichshaushaltsausschuß verläßt sich das Haus auf nachmittags 3 Uhr. Bei der Wiederaufnahme der Sitzung am 3. Juni nachmittags gaben Abg. Scheidemann (Soz.), Abg. Ledebour (U. S. P.) und Dr. Hergt (Deutschnatl.) Erklärungen zu dem noch im Programm der neuen Regierung ab und zeichneten die Stellung ihrer Parteien zu dem selben. Nächste Sitzung Mittwoch, 30. Juni nachmittags 1 Uhr.

Politische Uebersicht.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Ebert ersucht den Reichskanzler, den Wahltermin bestimmen zu lassen.

Berlin, 26. Juni. Der Reichspräsident hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet: „Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Wahltermin für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.“

Dr. Brauns Arbeitsminister.

Berlin, 29. Juni. Der Reichspräsident hat auf den Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Heinrich Brauns, M.-Gladbach, Dr. Staatswissenschaften und Direktor an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Gladbach, gewählt auf der Wahlliste des Zentrums, wurde geboren am 1. Januar 1868 zu Köln. Er besuchte das Apostelgymnasium zu Köln, studierte Theologie in Bonn und Köln, später Nationalökonomie und Staatsrecht in Bonn und Freiburg i. Br., promovierte in Freiburg 1905. Von 1890—1895 war er Kaplan in Krefeld, von 1895—1900 ab Direktor an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Gladbach. Leiter der dortigen Organisationsabteilung der volkswirtschaftlichen Kurse des Volksvereins. Er wurde Mitglied der Verfassungsgesamtheit der deutschen Nationalversammlung für den Wahlkreis Köln-Machen und stand als Vorstandsmitglied des 6. Ausschusses (für Volkswirtschaft) der Nationalversammlung. (Die Tatsache, daß ein katholischer Geistlicher zum Amte des Reichsarbeitsministers ernannt wird, beleuchtet in wirkungsvoller Weise die soziale Haltung und Betätigung des katholischen Klerus Deutschlands. Sie stellt gleichzeitig ein glänzendes Ehrenzengnis aus der bedeutenden Organisation der deutschen Katholiken, in der Leitung sich der neue Minister seit zwei Jahrzehnten in hervorragender Weise bewährt.)

Der Reichswehrminister über die Heeresverminderung.

Paris, 28. Juni. Reichswehrminister Geßler erklärte dem Vertreter des „Matin“ in Berlin, Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erholen und seine Pflichten nicht erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sichern könne. Deshalb es unbedingt notwendig, ein Heer von 200.000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen

18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügen zur Bekämpfung der Unruhen. Im März seien 45 000 Mann nötig gewesen zur Niederwerfung des Sowjets in München, im April v. J. 33 000 Mann zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg, im Februar 1919 19 000 Mann. Im letzten Frühjahr seien im Ruhrrevier 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann könnte man große Teile deutschen Gebiets ohne Mühe lassen. Auch bedeute die Entlassung von 100 000 oder 100 000 Soldaten eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu den auffälligen Elementen übergingen. Ohne ein Herr, das fähig ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei ein Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaues unmöglich. Der Reichsminister betonte im übrigen noch, daß nicht nur Lloyd George und Churchill, sondern auch kompetente Franzosen zu den Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zur Entwaffnung zu gelangen. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß man nach sorgfältiger Prüfung der Lage, Deutschland nicht mehr des schlechten Willens bezichtigen werde.

Die deutschen Delegierten für Spa.

Berlin, 28. Juni. Wie heute im Aeltestenrat des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spa voraussichtlich der Reichsfinanzminister, der Minister des Äußeren und der Reichsfinanzminister teilnehmen.

Zum Jahrestage des Friedensschlusses.

Berlin, 28. Juni. Einige Züricher Zeitungen haben zur ersten Wiederkehr der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles pessimistische Kommentare. So schreibt die „N. Zürch.“ heute sei eine Ernüchterung eingetreten. Der tote Buchstabe des Vertrages wolle nicht leben. Die europäische Wirtschaft bringe es jedermann zum Bewußtsein, daß die Vernichtung des Wirtschaftssystems der arbeitstüchtigen Völker der allgemeine Vorbereitete wird. Das Blatt spricht sich von dem Aufbau des Vaterlandes, der ein totes Gerippe bleibe, solange die Nachwirkungen des Krieges im politischen Denken und Handeln, vom wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht zu reden, nicht in allen Nationen verwunden sind. Nicht steriles Festhalten am Versailler Vertrag könne die Weltwirtschaft und mit alle Voraussetzungen für die seelische Gesundheit des materiellen Wohls der Völker ins Gleichgewicht bringen, sondern weitreichende Neuordnung und vernünftige Umbildung.

Poincaré zum Jahrestag von Versailles.

Paris, 28. Juni. Raymond Poincaré veröffentlicht im gestrigen „Temps“ eine Erklärung über den Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles und sagt im Schluß: Deutschland will in Spa das zeigen, was in Versailles ausgerichtet worden ist. Wenn die Alliierten nicht wollen, daß dies geschieht, so müssen sie im voraus entschlossen sein, ihren gemeinsamen Willen durchzusetzen und die erforderlichen Pfänder zu nehmen.

Große Offensive der Russen gegen Polen.

Brüssel, 28. Juni. Die seit einem Monat immer wieder angekündigte große Offensive der Russen, deren Beginn jedesmal dementiert werden mußte, hat nunmehr am gestrigen Tage auf der polnisch-russischen Linie eingesetzt zu haben. In dem amtlichen Moskauer Bericht heißt es heute, daß infolge des Eindringens der russischen Kavallerie die Frontlinie folgendes Resultat erzielt hat: 1. Die zweite polnische Armee ist im Gefecht gescheitert, 2. die sechste Armee in

der Gegend von Polock hat an ihrer rechten Flanke die Stütze verloren und ihren Rückzug begonnen. Ausgehend von dem Eindringen in die polnische Front hat die russische niederschmetternde Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die dritte polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, den Konvoi, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug hat sich in eine Flucht verwandelt. Ein Teil der Armee befindet sich in unseren Händen. Ein Teil hat sich in Feldern und Wäldern versteckt. Dem Rest gelang es, sich einen Weg über Kopesten zu bahnen. Jedenfalls existiert die dritte polnische Armee nicht mehr. Die ganze Gegend von Juto ist von brennenden Konvois und Automobilen gefüllt. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre und ungezählte Gewehre und Munition erbeutet. Gegenwärtig ist die sechste polnische Armee im Rückzug. Die zweite Armee hat sich zurückgezogen, um sich aufzufrischen. Die Rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts. Sie hat die Bahnlinie Amrutsch—Galatin—Winiza—Manisa überschritten.

Mobilmachung.

London, 29. Juni. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Kopenhagen hat Polen alle Männer zwischen 25 und 30 Jahren mobilisiert.

Stadtoverordneten-Sitzung

vom 28. Juni 1920.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Stadtverordnetenvorstehers Jos. Abt waren sämtliche Herren Stadtverordneten, mit Ausnahme von Herrn Dr. Ufinger, welcher entschuldigt war. Der Magistrat war vertreten durch Herrn Bürgermeister Dr. Keutner, dem 1. Beigeordneten Herrn Ems und die Magistratsmitglieder Kogler und Dommermuth. Herr Beigeordneter Dr. Kornbusch war entschuldigt. Schriftführer Herr Stadtschreiber Matthe.

Nur zwei Punkte weist die heutige Tagesordnung auf:

1. Wahl von Mitgliedern zur Nachprüfung der Jahresrechnung von 1918.
2. Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920.

Außerordentlich einfach für den harmlosen Leser — aber gewichtig schwer wiegen die Worte des zweiten Punktes für den volkswirtschaftlich geschulten, mit den sozialen und kulturellen Interessen und Aufgaben der Gegenwart vertrauten Bürger. Staats-Beratung! Das Sorgenkind unserer Tage: ein schwarzer Tag für die meisten, nein, für alle Gemeinden und Städte unseres Vaterlandes. Ein Tag, der für viele mit einer Bankrotterklärung verzeihliche Ähnlichkeit hat. Schon in normalen Zeiten war die Aufstellung des Haushaltsplanes der Prüffstein für das verwaltungstechnische Können der städtischen Behörden. Zum gordischen Knoten ist heute diese Aufgabe geworden — nur daß der Alexander fehlt, der die Lösung herbeiführen könnte, die doch für die Wiederherstellung und Gesundung unserer Verhältnisse so notwendig wie das tägliche Brot ist. Man bedenke, daß das Reich, gezwungen von der bittersten Finanznot, mit rauher Hand in das Besteuerungsrecht der Gemeinden eingegriffen hat; daß die Besteuerung des Einkommens, welche bisher der Stütze der kommunalen Finanzen war, ganz vom Reich in Anspruch genommen und den Gemeinden nur ein Anteil an dem Betrage dieser Steuer zugewiesen ist. Dazu kommt, daß sowohl die Höhe der Gesamtsteuer, wie auch der den Gemeinden zustehende Bruchteil sich vorerst noch jeder Schätzung entzieht. Man erkennt die Schwierigkeit der Aufgabe; man versteht, daß auch unsere Verwaltung zögerte und zögerte und immer wieder auf genaue Angaben seitens des Staates wartete, um nicht ein Gebilde

mit imaginären Größen konstruieren zu müssen, und daß nun, wo zum 1. Juli der Etat dem Kreisausschuß zur Genehmigung vorgelegt werden muß, nicht einmal die Vervielfachung des Entwurfes und das Studium desselben unseren Stadtverordneten möglich war.

Herr Stadtverordn.-Vorsteher Abt hatte keine beneidenswerte Aufgabe, als er den Gesamtbericht über diese Notgeburt übernehmen mußte und nun über die Köpfe der Stadtverordneten eine Sintflut von Zahlen kommen ließ. Wir entnehmen hieraus in großen Umrissen nachstehende Zusammenstellung:

Einnahmen Es werden vorgesehen für 1920	Abteilungen	Ausgaben Es werden vorgesehen für 1920
	I. Hauptverwaltung	
45,300.—	1. Allgemeine Verwaltung	191,800.—
4,200.—	2. Polizei-Verwaltung	59,952.—
16,300.—	3. Bau-Verwaltung	143,835.—
10,700.—	4. Beerdigungswesen	16,040.—
69,840.—	5. Bildungswesen	184,770.—
240.—	6. Feuerlöschwesen	2,400.—
53,325.—	7. Gemeindeanstalten	81,485.—
120,465.—	8. Wasserwerk	120,465.—
361,240.—	9. Grundeigentumsverw.	172,875.—
210.—	10. Verkehrs-Verwaltung	1,850.—
1,008,100.—	11. Steuer-Verwaltung	590,100.—
41,680.—	12. Wohlfahrtsamt	73,160.—
108,500.—	13. Fremde Besatzung	108,500.—
1,840,100.—	Summe d. Hauptverwaltg. A I.	1,747,282.—
	II. Nebenverwaltung	
188,340.—	a) Krankenhaus	188,340.—
1,500,000.—	b) Städt. Warenstelle	1,500,000.—
3,478,400.—	Summe der ordentl. Verwaltg.	3,385,572.—
816,500.—	Summe der außerordentlichen Verwaltung	909,368.—
4,294,940.—	Gesamtsumme	4,294,940.—

4,294,940 Mark in Einnahmen und Ausgaben! Wir sehen, wie unsere Leser in Entsetzen die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Im letzten Friedensjahr stand diesem Ungeheuer die bescheidene Größe von 483,000 Mk. gegenüber — und heute das Zehnfache. Dabei aber zeigt die Entwicklung für Eltville durchaus nichts Abnormes; sie hat genau denselben Weg wie in anderen Städten genommen, wo gleichfalls die Abschlusssummen durchweg auf das Zehnfache gestiegen sind. Aber mit der Größe der Summe wächst für die Körperschaften die Verantwortung. Und da der gedruckte Bericht nicht vorlag, sich also niemand von den Stadtverordneten ein klares Bild der Finanzlage verschaffen konnte, fand der Antrag des Herrn Beck, weder in eine allgemeine, noch in eine Spezialdebatte einzutreten, Zustimmung. Herr Fleischner unterstreicht zuvor noch den Antrag Beck und protestiert zugleich gegen die beabsichtigte Erhöhung der Grundsteuer von 2% auf 7%. Nachdem Herr Rektor Klemann noch ausgeführt hat, daß vorerst noch gar nicht feststeht, ob die Kommunen überhaupt die Grund- und Gewerbesteuer erheben dürfen, weil das Reich den Ländern das Verfügungsrecht darüber gelassen habe, stellt Herr Stadtverordn.-Vorsteher die Frage, ob der Etat Annahme finde. Herr Stadtverordneter Groß warnt vor der Annahme en bloc. Die Herren Beck, Fleischner und Lamby sprechen unter dem Zwange der Notlage für eine Annahme unter Vorbehalt. Nachdem der Magistrat nach kurzer Beratung zu Protokoll gibt, daß er sich auch nach der Annahme des Haushaltsplanes mit einer Spezialdebatte darüber einverstanden erklärt und Beschließen, die von den Stadtverordneten hierzu gefaßt werden, beitreten wird, wird der Etat angenommen. Die kommende Debatte muß zeigen, ob der Etat den Forderungen entspricht, die von der Zentrums-Partei im Reich für die Aufstellung des Reichs-

haushaltsplanes gestellt und auch beachtet wurden, ob er 1. das Gleichgewicht zwischen ordentlichen Einnahmen und Ausgaben geschaffen hat, 2. ein geordnetes Steuerwesen enthält und 3. dieses wie den Gesamt-Haushaltsplan sozial gestaltet hat.

Zur Nachprüfung der Jahresrechnung von 1918 wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Lambly, Klemann, Wagner und Schmitt gebildet.

Außerhalb der Tagesordnung weist Herr Frizle auf die eigenartige Handhabung bei Verteilung der Ludendorffspende hin. Der größte Teil der Summe ist bereits aufgebraucht und nach Eltville ist überhaupt noch nichts gekommen. Herr Faust, der Mitglied der Kreiskommission ist, erklärt dieses damit, daß noch kein Eltviller Kriegsbeschädigter einen Unterstützungsantrag gestellt habe. Es soll nun schleunigst auf diese Spende aufmerksam gemacht werden, desgleichen dagegen Protest erhoben werden, daß die Gemeinden immer den gleichen Anteil stiften müssen, den die Verwaltung der Spende zu geben bereit ist.

Interessant war jedenfalls die Feststellung, daß der obere Rheingau die meisten Mittel zu dieser Spende aufbrachte, der untere Rheingau aber die Stuh nun am besten zu melken verstand.

Lokales und Provinzielles.

* Eltville, 30. Juni. Auf heute Mittwoch nachmittag 3 Uhr war eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung einberufen, welche, da die Hälfte der Mitglieder des Kollegiums nicht anwesend, nicht beschlußfähig war. Die Sitzung, zu der ordnungsgemäß eingeladen, wurde erneut auf 1/4 Uhr einberufen und fand sodann mit nachstehender Tagesordnung statt:

1. Erhebung einer fünften Steuerrate für 1919.
2. Wahl eines Obstausschusses.
3. Bewilligung von Mitteln für die Ausgrabung von französischen Soldaten auf dem hiesigen Friedhof und Ueberführung nach Wiesbaden.

Der erste Punkt wurde, gestützt auf ein erschienenenes Notgesetz und auf die frühere Abstimmung im Plenum wieder angenommen. Der zweite Punkt fand seine Erledigung durch die Wahl einer Obstkommision, aus Bürgern hiesiger Stadt unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Groß, welche bereits heute Mittwoch Abend zur Festsetzung der Früchtpreise zusammentritt, so daß bereits am morgigen Donnerstag die festgesetzten Obstpreise an den Plakatafeln bekannt gegeben werden können. Der dritte Punkt brachte die Bewilligung der angeforderten Mittel, welche von der französischen Behörde wieder zurückerstattet werden. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

* Eltville, 29. Juni. (Der Steuerabzug.) Aus Berlin wird gemeldet, daß Reichsfinanzministerium sei grundsätzlich bereit, auf die Forderung der Parteien hin den Steuerabzug einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und den Lohnabzug vorläufig einzustellen. Diese Meldung ist nach Erkundigungen, die das Landesfinanzamt Karlsruhe heute vormittag beim Reichsfinanzministerium eingezogen hat, nur in ihrem ersten Teil zutreffend. Die Frage des Lohnabzuges für die Einkommensteuer wird einer Prüfung durch einen zu bildenden Reichsausschuß unterzogen werden. Bis zur Erledigung dieser Prüfung bleiben jedoch die bestehenden Vorschriften ohne jede Milderung in Geltung. Es kann keine Rede davon sein, mit der Einstellung des Steuerabzuges die wichtigste Einnahmequelle für die Anteilüberweisung der Länder und Gemeinden zu beseitigen. Davon wird die Frage einer baldigen Erleichterung der erwähnten Bestimmungen für die Teile der Arbeiterschaft, die von Betriebseinschränkungen getroffen sind, ferner für die Kriegerwitwen und kinderreichen Familien nicht berührt.

e Eltville, 30. Juni. Als Frä. Beckmann zum Bedauern aller im Frühjahr von hier wegging, glaubte man bestimmt, es werde bald eine Nachfolgerin angestellt. Man fand sich mit der Interimsverwaltung ab. Jetzt ist es aber an der Zeit, daß Wandlung geschaffen wird. Gewiß kostet eine gediegene Kraft Geld — allein, brauchen denn die Kleinen gerade in der heutigen Zeit nicht erhöhter Pflege? Muß da nicht mit Rat

und Tat den Müttern besonders beigegeben werden? Mag mancher von den Stadtvätern ohne Pflegerin groß geworden sein, es waren damals andere Zeiten; heute sollten sie der ärmeren Bevölkerung doch diese Wohltat nicht vorenthalten. Man bewilligt ja alle möglichen Gelder, warum sträubt man sich denn so vor dieser Ausgabe? Wir haben in Eltville so manchen Fond, aus dem man getrost einen Beitrag nehmen kann.

n Eltville, 30. Juni. (Jubiläum.) Am 4. Juli werden es 40 Jahre, daß Herr Frühmesser J. Senoner zum Priester geweiht wurde. Am 1. August 1880 wurde er Hilfspriester in Frankfurt, 1. Oktober 1887 Kaplan zu Frankfurt-Sachsenhausen, 1. Oktober 1889 Kaplan an der St. Leonardskirche zu Frankfurt, am 1. Januar 1897 Frühmesser dahier. Ein jeder kennt sein stilles, eifriges Wirken, besonders an den Krankenbetten. Hoffentlich erhält ihn der liebe Gott noch lange gesund. Wir wünschen ihm viel Glück zum heutigen Tag.

* Eltville, 30. Juni. Ihre „Silberne Hochzeit“ feiern am nächsten Sonntag, 4. Juli, das Georg Bickel'sche Ehepaar, und am nächsten Dienstag, 6. Juli, Herr Postdirektor Braun und Frau Gemahlin. Wünschen wir beiden Paaren, daß sie, in voller Gesundheit und geistiger Frische auch das Fest der „goldenen Hochzeit“ begehen mögen.

* Eltville, 29. Juni. (Theater.) Im Saale des „Hotel Reisenbach“ veranstaltet die Direktion der „Südd. Volksbühne“ unter Leitung von J. W. Württemberg, Sitz Frankfurt a. M., am kommenden Sonntag zwei Gastspiele. Die Direktion hat sich durch ihre guten darstellerischen und gefanglichen Darbietungen in unseren Nachbarstädten Rüdelsheim und Heusensteden sehr beliebt gemacht. Für hier steht als erste Vorstellung für die Jugend nachmittags 1/4 Uhr das beliebte Märchen: „Hänsel und Gretel“, und abends 8 1/2 Uhr das sensationelle Offiziersdrama aus dem Balkan: „Krone und Fessel“, auf dem Spielplan. Kartenvorverkauf zu ermäßigten Preisen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung (Laden).

* Eltville, 30. Juni. Diese Nacht erlegte Herr Förster Schneider im Distrikt Hahnwald wiederum ein Wildschwein, eine Bache. Der eifrige Jäger hat damit den zwölften Schwarzkittel in diesem Jahre unschädlich gemacht, und die Landwirtschaft durch seine Wachsamkeit schon vor bedeutendem Schaden bewahrt. Wünschen wir dem tüchtigen Forstbeamten zum Anfang des zweiten Duzend weiteres Jagdglück.

* Eltville, 28. Juni. Alle eh:m. Kriegsgefangenen müssen ihre Ansprüche auf Guthabenscheine sofort geltend machen. Ansprüche, die nach dem 30. Juni geltend gemacht werden, können nicht mehr berücksichtigt werden.

tz Eltville, 30. Juni. Wie die Anschlags-tafeln künden, findet morgen Donnerstag im „Deutschen Haus“ eine große Protestversammlung statt gegen den Hunger in Baustoffen, die Arbeitsnot und die Wohnungsnot. Das sind unfraglich drei fressende Wunden an unserm Volkskörper. Schon in der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde aus den Reihen des Zentrums von Herrn Fleschner in recht nachhaltiger Weise auf die Elterbeulen aufmerksam gemacht und zugleich für Eltville ein Weg gezeigt, wie wir an dieser dreifachen Not vorbeikommen. Angesichts der zunehmenden Not muß das Schiersteiner Kunststein-Verfahren schleunigst geprüft und, wenn für gut befunden, sofort hier mit der Ausführung neuer Bauten begonnen werden. Wie kann man Gesundung des Volkslebens erwarten, wenn es an Arbeit mangelt, und wie kann man Arbeit fordern, wenn man nicht erst dem Arbeiter ein Nest anweist, wo er nach getaner Arbeit sich erholen und neue Kräfte sammeln kann? Die Not brennt auch uns auf den Fingern; wir dürfen nicht zögern.

* Eltville, 29. Juni. Vom 1. Juli an beträgt die Zulage für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente monatlich 30 Mark, für Empfänger einer Witwenrente monatlich 15 Mark, für Empfänger einer Waisenrente monatlich 10 Mark. Besondere Zulagequittungen sind wie bisher nicht erforderlich. Solchen Empfängern einer Waisenrente (O.), die keine Militärrenten beziehen, wird die neu eingeführte Zulage von 10 Mark monatlich erst nach Eingang besonderer Zahlungsanweisungen der Versicherungsträger gezahlt. Denjenigen Rentenempfängern, die auf Grund des Gesetzes die Versorgung von Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung

- a) eine Rente für Minderung ihrer Erwerbsunfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder
 - b) eine Hinterbliebenenrente
- beziehen, haben bis zum 31. Dezember 1920 Anspruch die bisher zahlbaren Zulagen von 20 Mark und 10 Mark monatlich; vom 1. Januar 1921 sollen sie keine Zulage mehr erhalten. Bis zur endgültigen Regelung werden vorbezogenen Rentenempfängern die neuen Zulagen 30 Mark und 15 Mark monatlich gezahlt unter dem Vorbehalt späterer Wiedereinziehung durch Einbehaltung der laufenden Zahlungen.

Verantwortlich: Robert Etienne, Eltville.

Ab Donnerstag früh von der Reise zurück!

Zahnarzt Hanssmann.

Eltville, Schwalbacherstrasse.

Süddeutsche Volksbühne

Dir. Württemberg.

Im Saale des „Hotel Reisenbach“

Sonntag, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr

Krone und Fessel

Offiziersdrama aus dem Balkan in 5 Akten.

Nachmittags 1/4 Uhr:

Hänsel und Gretel

Eines der schönsten deutschen Märchen in 5 Akten.

Kartenvorverkauf

in der Geschäftsstelle d. Ztg. zu ermäßigten Preisen

Sperrplatz (num.) 4.25 Mk. I. Platz 3.25 Mk.

an der Abendkasse 50 Pfg. Aufschlag.

Nachmittags: I. Platz 1.50 Mk.

II. Platz 1 Mk. III. Platz 60 Pfg.

Die Direktion.

Zwei weiße Schürzen

für Kochinnen preiswert abzugeben.

Näh. i. d. Exped. d. Bl.

Weißbinderrohr,

das Gebund 1 Meter Umfang,

1. Sorte 35 Mk.

2. „ 30 „

solange Vorrat reicht zu haben bei

Jakob Kraus III.

Glimsheim, Kreis Worms.

Hundekuchen

per Pfund Mk. 1.

frisch eingetroffen

Mag Schuster.

Erdkohlrabi = Pfannkuchen

Grünkohl =

Wirsing =

Weißkraut =

Rosenkohl =

Oberkohlrabi =

usw.

100 Stück 4 Mk.

Näheres:

Jos. Fink, Eltville

Ad. Dinger, Erbach